



## KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 25. März 2019  
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

### Petition „Digitale Lehrmittel“ / Staatskanzlei

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht  
Kommissionspräsidentin Helene Meyer-Jenni.

Helene Meyer-Jenni: Die EBKK hat versucht im hier vorliegenden Bericht zur Petition „Digitale Lehrmittel“ aufzuzeigen, dass die Inhalte viel weitreichender diskutiert worden sind, als der Titel vermuten lässt. Die angeregte, differenzierte Diskussion mit den Vertreterinnen des Jugendparlamentes Jonas Ineichen und Kim Rast (Co-Präsidium) sowie Leon Krass, der an der Petition massgeblich mitgearbeitet hat, hat deutlich aufgezeigt, dass mit der Einführung des Lehrplans 21 die Einführung und vor allem Umsetzung der Digitalisierung an den Luzerner Schulen am Voranschreiten ist. Nur, der Stand dieser Umsetzung und die gezielte Nutzung der digitalen Lehrmittel sei auf ganz unterschiedlichem Niveau. Es sei daher dringend notwendig, die Entwicklung zu forcieren sowie aufmerksam zu begleiten und zu steuern. Dies sei wichtig, damit es nicht zu grossem Frust komme, im Besonderen auf Seite der Lernenden. Diese wollten nämlich ihre teilweise neuen und teuren IT-Geräte täglich einsetzen und anwenden können. Mit ihrer Forderung, dass auf der Sekundarstufe I und II bestehende Lehrmittel möglichst schnell digitalisiert und die Entwicklung neuer interaktiver Lehrmittel seitens Politik und Kanton mit Nachdruck gefördert werden müssen, wählen die Petitionäre einen sehr lösungsorientierten Ansatz und schlagen dazu ganz konkrete Massnahmen vor. Die Präsentation der Delegation des Jugendparlamentes vermittelte der EBKK einen vertieften Einblick in die Realitäten an den Schulen. Die glaubwürdigen Hinweise und Inputs regten die EBKK zu einem Diskurs an, ob und in welcher Dynamik die Forderungen weiterverfolgt werden sollten. Durchgesetzt hat sich die Haltung, dass die Kommission die Einschätzung der Petitionäre über den Stand der Umsetzung der Digitalisierung an den verschiedenen Schulen nachvollziehen kann und ebenfalls deutlichen Optimierungsbedarf sowohl bei den Lehrpersonen wie auch bei den Lehrmitteln sieht. Ebenso einig war sich die EBKK darin, dass weitere Förderungsschritte notwendig und gute Qualität wie auch eine gewisse Freiheit der Lehrpersonen wichtig seien. Die Kommissionsmehrheit meint trotzdem, die ganze Entwicklung sei grundsätzlich auf guten Wegen. Auf weitere zusätzliche Massnahmen vonseiten des Parlamentes könne verzichtet werden. Eine Minderheit hätte sich ein noch „politischeres Statement mit Nachdruck“ gewünscht, gehe es doch darum, dass die Lernenden für eine Berufslehre oder ein Studium „digital“ unbedingt fit und bereit sein müssten. Die EBKK bedankt sich bei den Teilnehmenden der Jugendsession und im Besonderen bei den Sprechenden in der Kommission für den dynamischen, wertvollen Austausch und beantragt, die Petition und die Berichterstattung zur Kenntnis zu nehmen.

Urban Sager: Wir haben in der SPK ausführlich diskutiert und uns darauf geeinigt, den Petitionen des Jugendparlamentes künftig mehr Gewicht zu geben als bloss eine Verlesung durch das Kommissionspräsidium. Deshalb staune ich, dass sich die weiteren Parteien nicht zu Wort melden. Grundsätzlich nimmt die SP-Fraktion den Bericht positiv zur Kenntnis. Die

Problematik wird erkannt, und die Anliegen der Jugendlichen werden ernst genommen. Was die Schlussfolgerungen angeht, ist die SP nicht zufrieden. Die Ansicht, dass eigentlich alles gut läuft und die laufenden Massnahmen genügend sind, teilt die SP nicht. Die Jugendlichen bringen das Problem auf den Punkt. Es kann nicht einfach nur damit getan sein, dass der Kanton Hardware in die entsprechenden Schulzimmer stellt, WLAN einrichtet und den Jugendlichen Laptops anbietet oder sie sogar dazu verpflichtet, diese selber anzuschaffen. Darüber hinaus müssen die Lehrpersonen auf dem Weg der Digitalisierung begleitet werden. Wir müssen eine Haltung zum Einsatz digitaler Medien im Unterricht entwickeln. Dabei geht es nicht nur darum, möglichst viele digitale Medien einzusetzen, sondern um den richtigen und pädagogisch-didaktisch sinnvollen Einsatz. Das kann auch bedeuten, in gewissen Situationen auf den Einsatz von digitalen Medien zu verzichten. Die Antworten auf all diese Fragen gilt es zu erarbeiten. Die aktuellen digitalen Lehrmittel sollen einer Evaluation unterzogen werden. Es braucht griffige Qualitätsmerkmale. Es gibt also noch eine Menge Fragen zu beantworten. Die SP-Fraktion nimmt die Anliegen und die Forderungen aus der Jugendsession sehr ernst und will sich mit den Petitionären zusammensetzen, um einen entsprechenden Vorstoss einreichen zu können, damit es nicht einfach bei Absichtserklärungen bleibt.

Monique Frey: Ich kann mich dem Votum von Urban Sager nur anschliessen. Es geht nicht einfach nur um die digitalen Lehrmittel, sondern um den Einsatz verschiedenster Lehrmittel. In der Schule sollen auch Bücher gelesen und mit Bildern und Geräuschen gearbeitet werden. Nicht alle Lernenden haben den gleichen Zugang zu den verschiedenen Lehrmitteln. Deshalb ist es wichtig, dass die digitalen Lehrmittel richtig eingesetzt werden. Es ist spannend, dass die Jugendlichen selber vermehrt digitale Lehrmittel einsetzen wollen. Die Politik soll deshalb Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Lehrmittel zugunsten der Lernenden besser eingesetzt werden können, und von den Lehrmittelverlagen sollen entsprechende Lehrmittel gefordert werden. Zudem sollen die Lehrpersonen beim richtigen Einsatz dieser Lehrmittel Unterstützung erhalten. Für die entsprechende Weiterbildung braucht es die notwendigen finanziellen Mittel. Schlussendlich müssen die Lehrpersonen die digitalen Lehrmittel aber auch einsetzen, was sie mit der richtigen Unterstützung sicher tun.

Roger Zurbriggen: Ich nehme nicht zum Inhalt der Petition Stellung, sondern zum Jugendparlament. Es ist wichtig, dass die Anstrengungen des Jugendparlamentes eine gewisse Aufmerksamkeit erzeugen und die entsprechende Kommunikation erfolgt. Wenn die Presse das Anliegen nicht aufnimmt, erhalten die Jugendlichen kein Echo auf ihre Anstrengungen. Die SPK hat sich dieser Frage angenommen und kommt heute bei der Behandlung der Anfrage A 601 über Abklärungen im Zusammenhang mit der Stellung des Jugendparlamentes darauf zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der EBKK, die Petition im Sinn ihres Berichtes zur Kenntnis zu nehmen, mit 93 zu 0 Stimmen zu.